



Niederschrift

27. Plenarsitzung des Gemeinderates
29. September 2026, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 21 der Tagesordnung: Reitinstitut Egon-von-Neindorff Stiftung: Rücknahme der Kündigung

Vorlage: 2026/0614

Antrag: KAL

Punkt 21.1 der Tagesordnung: Reitinstitut Egon-von-Neindorff Stiftung: Rücknahme der Kündigung: Nachnutzungsvereinbarung für das Reitinstitut der Egon-von-Neindorff-Stiftung

Ergänzungsantrag: CDU

Vorlage: 2026/0614/1

Beschluss:

Kenntnisnahme

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft die Tagesordnungspunkte 21 und 21.1 zur Behandlung auf:

Mir ist noch einmal ganz wichtig festzuhalten, weil es ein bisschen Unstimmigkeit in der Information gibt. Nach unserer Wahrnehmung haben wir dem Reitinstitut für das Jahr 2027 einen Vorschlag gemacht, wie eine solche Vereinbarung aussehen könnte. Und es ist nicht nur so, dass das Reitinstitut daran Interesse hat, sondern dass auch wir Interesse haben. Denn wenn das Reitinstitut einmal keinen Mietvertrag mehr hat, sind wir für die Verkehrssicherungspflicht zuständig, und das wollen wir nicht, sofern es von dem Reitinstitut weiter genutzt wird. Wir wollen aber auch das Reitinstitut nicht verpflichten, weiter in die Instandhaltung zu investieren, wenn es dazu gar nicht in der Lage ist, und das war die Realsituation der letzten Jahre, ob mit oder ohne diesen Zuschuss. Es gibt wohl Informationen, dass es im Reitinstitut nicht so wahrgenommen wurde, dass wir einen solchen Entwurf geschickt haben. Das hat sich jetzt in der Diskussion ergeben, deswegen müssen wir das noch einmal klären, aber sowohl das Reitinstitut als auch wir haben ein massives Interesse, dass es eine solche Einigung gibt, unter welchen Konditionen die weitere Nutzung der Immobilie durch das Reitinstitut fortgesetzt wird. Und wie gesagt, wir müssen das Thema Instandsetzung klären, und wir müssen das Thema

Verkehrssicherungspflicht regeln. Parallel überlegen wir, wie wir mit dem Institut beziehungsweise mit der Immobilie weitermachen.

Wir merken, dass das nicht so ganz einfach ist. Der Herr Fluhrer hat da schon verschiedene Überlegungen angestellt, hat auch mit ein paar Fachleuten sich das Gelände angeguckt. Da wir die denkmalgeschützten Gebäude so oder so erhalten werden müssen, kann sich daraus auch eine Perspektive für das Reitinstitut ergeben. Das wissen wir noch nicht. Und wir können dann darüber diskutieren, ob wir mit einem Teil des Geländes vielleicht etwas realisieren, das dann eine Querfinanzierung der Instandsetzung des Reitinstituts ermöglicht.

Das sind alles Überlegungen, die wir haben. Ich hätte gerne Ihnen schon eine Lösung präsentiert, die gibt es aber noch nicht. Und wir empfehlen, dass wir jetzt nicht der CDU oder der KAL, ich weiß nicht mehr so genau, folgen, dass wir jetzt unbegrenzt sagen, ihr dürft immer so lange bleiben, wie ihr da lustig seid, sondern wir brauchen diese Jahr für Jahr diskutierte Verlängerung der Nutzung. Wir haben durchaus eigentlich kein großes Interesse, das Reitinstitut da wegzukriegen. Wir müssen aber gucken, dass wir an der Stelle zu einer vernünftigen Lösung kommen, die uns von dieser Instandsetzung und vor allem auch von diesem Sanierungsbedarf wegbringt. Und das wird ohne eine wirtschaftlich andere Verwertung dieses Grundstücks nicht funktionieren, denn wir können es aus einem anderen Bereich nicht.

Das ist die Dilemmasituation. Die kennen Sie aber alle auch schon. Das Einzige, was bisher noch nicht geklappt hat, ist, dass wir Ihnen ein zukünftiges Nutzungskonzept vorlegen. Und das Einzige, was offensichtlich in den Mühlen hängengeblieben ist, wie es mit dieser Vereinbarung weitergeht. Das hat jetzt ein bisschen diese Unruhe, glaube ich, auch ausgelöst auf allen Seiten. Ich will gar nicht sagen, wer jetzt an der Situation irgendwas versäumt hat, aber Sie haben völlig recht, wir brauchen eine Vereinbarung, und die muss bis Ende des Jahres stehen, denn irgendwie muss es weitergehen. Und da bitten wir Sie einfach um Ihr Vertrauen, dass wir das weiter so voranbringen und ich Sie immer zeitnah informiere, das wäre uns an der Stelle recht. In der Perspektive wird es tendenziell dazu führen, dass man das Reitinstitut so lange dort belässt, bis es eine andere Lösung gibt, aber wir müssen es immer von der Immobilie her denken und nicht vom Reitinstitut her denken. Das ist eben so, weil das unser Thema ist, nicht Problem, aber das ist die Herausforderung, der wir im Moment finanziell nicht gewachsen sind, das noch einmal einfach, damit man das ein bisschen einsortieren kann.

Stadtrat Cramer (KAL): In der interessierten Karlsruher Öffentlichkeit und der Fachwelt wurde die ersatzlose Kündigung der Liegenschaft des Reitinstituts bis zum Jahresende 2026 mit großem Unverständnis aufgenommen, aber die Egon-von-Neindorff Stiftung hat den Kopf nicht in den Sand gesteckt. Sie hat in den letzten Monaten intensive Aktivitäten entfaltet. So konnte sie durch ein erweitertes Portfolio viele neue Sponsoren gewinnen, die es der Stiftung ermöglichen wird, ohne die bisherigen Zuwendungen auszukommen, aber auch die Zivilgesellschaft ist nicht untätig geblieben. Viele Menschen haben reagiert, die Zahl der Mitglieder ist sprunghaft angestiegen. Deren Motivation war, das Reitinstitut für klassische Reitkunst am Leben zu erhalten. Auch der Bürgerverein Nordweststadt hat aus Sicht des Stadtteils klare Positionen bezogen und sich für den Weiterbetrieb des Reitinstituts ausgesprochen.

Wenn der Karlsruher Gemeinderat nun, wie ich jetzt höre, der Herr Oberbürgermeister die Nutzung der Liegenschaft durch die Stiftung weiterhin zulässt, ermöglicht er den Bestand dieser deutschlandweit einmaligen Einrichtung. Den vorgegebenen Sparkurs des Gemeinderates, die

bisherigen Zuwendungen der Stadt von jährlich 60.000 Euro auf null zu setzen, hat das Reitinstitut akzeptiert und die Stiftung hat an Lösungen gearbeitet. Dieses Engagement sollten wir würdigen, aber eine pauschale und vollständige Räumung der Liegenschaften erscheint dagegen zum jetzigen Zeitpunkt nicht erforderlich, sofern keine konkrete, bauliche oder sicherheitsrelevante Notwendigkeit hierfür festgestellt wurde. Die von der Stiftung derzeit genutzten Gebäude sind für die bestehende Nutzung ausreichend und sicher.

Sollte es aber irgendwann zu der beschlossenen Räumung kommen, stellen sich für die Stadtverwaltung doch einige Fragen. Was passiert mit den circa 30 Pferden, die vor Ort nicht mehr betreut werden können? Diese Tiere können nicht einfach geschlachtet werden. Hier wird das städtische Veterinärsamt in die Verantwortung gehen müssen. Eine wahrscheinliche Inobhutnahme der Tiere wird auf die Stadt zukommen. Hier würden Kosten entstehen und ein Aufwand, der nicht zu Ende gedacht wurde. Für das Gebäude liegt bei einem Leerstand die Verantwortung für die Verkehrssicherheit bei der Stadt. Die Immobilie muss zum Beispiel winterfest gemacht werden. Das gesamte Gelände muss vor Vandalismus geschützt und umgebaut werden. Auch größere Instandhaltungskosten bei Gefährdung für Leib und Leben müssen durch die Stadt veranlasst und getragen werden. Meine Fraktion wünscht, dass die Kosten und der Aufwand aller betroffenen Ämter detailliert aufgeführt werden.

Ein letztes Wort noch zum Antrag der CDU: Dem Antrag würden wir zustimmen. Ich kann im Moment nicht abschätzen, ob Ihre Ausführungen weitergehender sind als der CDU-Antrag oder nicht.

Stadtrat Bunk-Merkel (CDU): Ich fand Ihre Einführung, Herr Oberbürgermeister, sehr gut bis zu dem Zeitpunkt, wo Sie unseren Antrag offensichtlich total fehlinterpretiert haben, weil wir zielen genau auf das ab, was Sie gesagt haben, dass nämlich die Stiftung dort nicht bis in alle Ewigkeit verbleiben soll, sondern so lange, bis ein Konzept für die zukünftige Nutzung dort vorliegt. Dieses Konzept kann eine andere Nutzung vorsehen oder halt auch eine zukünftig langfristige Vereinbarung, eine neue Vereinbarung mit dem Reitinstitut. Aber genau das, was Sie ausgeführt haben, wollen wir heute auch bezwecken, dass wir dem nachkommen, dass die Stiftung, das Reitinstitut, aber auch die Stadt ein Interesse daran hat, dass man jetzt nicht eine Räumung durchführt und danach dieses Gelände brachliegt, sondern damit das weiter genutzt wird, bis die langfristige Zukunft geklärt ist.

Ich will noch einmal ganz kurz eingehen auf das, warum es überhaupt zur Kündigung kam. Es war im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen so, dass der Zuschuss für das Reitinstitut Egon von Neindorff gestrichen werden sollte, und daraufhin hat die Stiftung erklärt, dass sie sich schwer tut ohne den Zuschuss, von dem nicht ganz klar war aus der Historie, ob es eigentlich ein Betriebskostenzuschuss oder ein Unterhaltszuschuss ist, wenn der gestrichen wird, dass sie dann den Betrieb nicht mehr aufrechterhalten können. Und daraufhin hat man gesagt, haben wir hier entschieden, auch im Gemeinderat im Rahmen der Haushaltsberatungen, dann kündigen wir erst einmal den Vertrag, um alle Optionen für die Zukunft dieses Geländes offenzuhalten. Das setzt aber natürlich voraus, dass vonseiten der Stadtverwaltung auch aktiv mit dem Egon von Neindorff Institut oder mit anderen Projektentwicklern oder welchen Experten auch immer, die an dem Gelände ein Interesse haben können, aktiv Gespräche geführt werden. Und das haben Sie, Herr Oberbürgermeister, selbst gesagt, dass da vielleicht die eine oder andere Nachlässigkeit war in der Vergangenheit, dass es Missverständnisse geben konnte bei der

Kommunikation mit dem Egon von Neindorff Institut oder dass es zumindest, das ist jetzt meine Interpretation, bisher eben nicht schnell genug gegangen ist.

Also, die Kündigung war richtig, weil sie uns auch als Gemeinderat und der Stadt alle Optionen eröffnet hat. Diese Optionen müssen wir jetzt dann natürlich nur auch erkunden und dann abwägen, was das Beste für die Zukunft dieses Geländes ist. Und da ist natürlich die Stadtverwaltung in der Pflicht – jetzt sind seit der Kündigung doch einige Monate vergangen, und so viel Neues gibt es bisher nicht zu vermelden –, dass da die Stadtverwaltung in die Gänge kommt, dass wir bald auch Erkenntnisse haben, was dort passieren könnte.

Stadträtin Dr. Heynen (GRÜNEN): Ich habe den Eindruck, das ist wie so eine Blackbox. Insofern kann ich Ihren Ausführungen, Herr Oberbürgermeister, und der Vorlage im Prinzip folgen oder können wir auch folgen, denn dahinter steckt, so wie Sie es auch ausgeführt haben, das Interesse, einmal die Stadt zu entlasten von Investitionen, die sie zukünftig nicht mehr tragen kann, und gemeinsam zu gucken, was kann man mit dem Gelände machen und wie kann man gegebenenfalls das Reitinstitut auf dem Gelände auch erhalten. Aber so wie es jetzt aussieht, wissen wir weder, wie diese Nutzungsvereinbarung aussieht, haben wir weder schriftlich, dass der Verein sagt, wir können die 60.000 selber erbringen, also kann man theoretisch auch den Mietvertrag aufrechterhalten.

Deswegen wäre jetzt unser Vorschlag eher, wir vertagen die Entscheidung und Sie legen noch einmal tatsächlich die Fakten vor, die wir brauchen, um auch wirklich entscheiden zu können.

Stadtrat Dr. Fechner (SPD): Leerstand ist mit Sicherheit die schlechteste Lösung. Herr Oberbürgermeister, Sie haben es ausgeführt, es ist anscheinend auf allen Seiten, das heißt aufseiten der Verwaltung als auch aufseiten des Reitinstituts, daran gelegen, eine gute Lösung zu finden. Und es ist auch positiv und ehrenwert, wenn das Reitinstitut, die Stiftung, aufgrund Eigeninitiative Geldmittel eingeworben hat, um dieses Delta, was infolge der Streichung des Zuschusses von städtischer Seite entsteht, zu kompensieren, aber es zeigt auch in der Kürze der Zeit, was alles möglich ist. Wir brauchen ein Nachnutzungskonzept für dieses Gelände. Und ich sage das auch als Nordweststädter, also von meiner Seite kann ohne weiteres das Reitinstitut da auch das Geschäft sozusagen weiterführen, aber alles unter der Voraussetzung, dass es finanziell eben darstellbar ist.

Es wurde ja ausgeführt, dass jetzt die Karten auf den Tisch gelegt werden, dass man sich austauscht. Das ist sicherlich das, was in der Vergangenheit ein bisschen schwierig war. Also so, wie ich das auch aus der Diskussion mit den Betroffenen wahrgenommen habe, nachdem der Zuschuss gestrichen wurde und auch die Zuständigkeit innerhalb der Dezernate wohl etwas unklar war, dass da, ich sage jetzt mal, ein klarer Ansprechpartner gefehlt hat, oder zumindest wurde es so vonseiten der Betroffenen wahrgenommen, aber es ist häufig so mit Wahrnehmung. Das kann sehr subjektiv sein, und uns ist es wichtig, dass jetzt an einer Lösung gearbeitet wird, und die haben Sie aufgezeigt, und entsprechend würden wir den Weg dann auch so mitgehen wollen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Zunächst danken wir der KAL für diesen Antrag, und wir werden ihm zustimmen. Den Änderungsantrag von der CDU halten wir für deutlich schlechter. Wir werden ihm im Notfall aber auch zustimmen, einfach dass der Verein noch eine längere Planungssicherheit hat.

Herr Oberbürgermeister, was Sie heute gesagt haben, widerspricht deutlich dem, was in den Antworten Ihrer Verwaltung auf die Anträge steht. Da steht jedes Mal ablehnen, geht nicht. Da steht sogar bei dem CDU-Antrag, dass Teile aus Verkehrssicherungspflicht stillgelegt werden müssen, wenn dem entsprochen wird, also ganz anders, als Sie es jetzt gesagt haben. Deswegen bin ich froh, dass Sie es anders sehen als diese Antworten und hoffe, dass wir auf die Art und Weise in eine bessere Zukunft gehen können. Sie haben auch gesagt, dass die denkmalgeschützten Gebäude erhalten werden sollen. Das ist aus meiner Sicht auch ein Schritt nach vorne, weil als wir die Geschichte damals beraten haben, als es beschlossen wurde, kam vonseiten des Amts für Hochbau und Gebäudewirtschaft der Hinweis, dass auch denkmalgeschützte Gebäude abgerissen werden können. Ich hatte immer den Eindruck, dass das eigentlich der Hintergedanke der Stadtverwaltung ist, erst das Reitinstitut raus und dann abreißen. Wenn Sie es jetzt anders sagen, bin ich sehr froh, denn: Welche Nachnutzung wollen Sie finden für eine Anlage, die aus einer denkmalgeschützten, großen, alten, schönen Reithalle besteht und aus vielen alten Pferdeställen? Welches Nachnutzungskonzept wollen Sie für Pferdeställe und eine Reithalle finden, wenn nicht, dass sie von einem Reitinstitut betrieben wird? Und wenn ich das vergleiche mit anderen Sportarten, dann ist es, als ob Sie einen Schwimmverein dafür zuständig machen wollen, dass er die städtische Schwimmhalle weiter in Schuss hält oder dass Sie einem Leichtathletikverein aufdrücken, er soll bitte sein Stadion völlig selber pflegen oder dass Sie einem Volleyballverein aufdrücken, die Halle, die er benutzt, soll er in Zukunft bitte selber instand halten, und wenn er dazu nicht in der Lage ist, soll er sich auflösen. Also da wird aus meiner Sicht wirklich mit zweierlei Maß gemessen.

Natürlich haben wir in Karlsruhe das Konzept der besitzenden Vereine, und da stehen wir auch voll dahinter, aber es gibt einfach Sportarten, die brauchen von der Stadt mehr, damit sie erhalten bleiben. Und wenn Sie einmal anschauen, welchen Einfluss dieses Reitinstitut hat im Sport in Karlsruhe und Umgebung, wie viele von den Leuten, die den Reitsport weitervermitteln, ursprünglich bei Egon von Neindorff gelernt haben, dann sehen Sie, welche Bedeutung dieses Institut hat. Und dieses dürfen wir auf keinen Fall so einfach sterben lassen. Es ist wirklich ein großer Teil der Geschichte von Karlsruhe, der unbedingt erhalten bleiben muss.

Stadträtin Böringer (FDP/FW): Wir werden den Antrag der Karlsruher Liste nicht unterstützen können. Wie die Stadtverwaltung in ihrer Stellungnahme zutreffend ausgeführt hat, haben wir hier im Dezember im vergangenen Jahr auch angesichts der wirklich sehr angespannten, um das einmal gelinde zu sagen, Haushaltslage beschlossen, den Zuschuss in Höhe von 60.000 Euro zu streichen und auch das Mietverhältnis bis Ende des Jahres zu beenden. So haben wir es beschlossen. Die Entscheidung zur Beendigung dieses Mietverhältnisses steht im Zusammenhang mit dem baulichen Zustand des Gebäudes und auch der finanziellen Belastungen. Die Stiftung war gehalten ausweislich des Mietvertrages, sich um den baulichen Zustand zu kümmern. Das ist aber nicht immer gelungen. Die Stadt ist dann in der Vergangenheit in erheblichem Maße finanziell eingesprungen, und zwar aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht.

Inzwischen gab es Gespräche mit der Stiftung. Die Stiftung hat doch nun ausdrücklich auch erklärt, dass ohne den Zuschuss die Finanzierung auch der Bauunterhaltung nicht gesichert ist. Und eine Rücknahme der Kündigung, das ist das, was die Karlsruher Liste wünscht, würde das Problem überhaupt nicht lösen. Wir könnten stattdessen das Areal entwickeln, es steht natürlich unter Denkmalschutz, und eine Nutzungsmöglichkeit prüfen. Die Stadtverwaltung, so habe ich Sie auch verstanden, Herr Oberbürgermeister, will nun als Goodwill-Aktion jedenfalls zur

Abwicklung des Betriebes bis Ende des Jahres eine Frist gewähren und auch eine befristete Nutzungsmöglichkeit gewähren, und zwar, so wie ich sie verstanden habe, auch ohne finanzielles Engagement der Stadt für diesen baulichen Zustand. Und Sie haben auch mitgeteilt, dass notfalls aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht einzelne Gebäude gesperrt werden müssen. Also, diese Überlegung, die jetzt im Raum steht, die würden wir auch so mittragen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich denke, es ist so viel erzählt worden, aber leider Gottes auch immer wieder falsche Sachen oder nicht richtige Sachen. Und von daher ist es doch noch einmal wichtig, warum wir diesen Antrag gestellt haben. Ja, wir sind der Meinung, dass eine Rücknahme der Kündigung, wie es die KAL fordert, zu diesem Zeitpunkt der falsche Weg wäre, denn dann würden wir ganz klar uns dazu bekennen, dass das Reitinstitut dort bleiben muss, aber dazu bräuchten wir erst einmal auch eine vernünftige finanzielle Lösung, und die ist noch nicht da. Sie haben es vorhin gesagt, aber ich glaube, der ein oder andere hat es nicht verstanden, wenn wir die jetzt rausschmeißen würden, dann wären wir für die Sicherungspflicht der Gebäude zuständig. Also wäre es doch falsch, dies zu tun, also müssen wir die Kündigung aussetzen, so wie wir es jetzt auch beantragt haben, dass sie zumindest erst einmal dort bleiben können. In der Zeit wird ein Konzept erstellt, und dies kann mit einem Reitinstitut sein. Da fehlt dem Herrn Dr. Schmidt die Fantasie, das verstehe ich. Da hat er viele Beispiele gebracht, aber so wie er zur Zeit vor Kraft strotzt, will er dann natürlich seinen Weg durchgehen, aber ihm fehlt da einfach eine Fantasie, dass da auch andere Möglichkeiten sind. Und der Vergleich mit anderen Sportvereinen, der hinkt natürlich an allen Ecken und Enden.

Aber eins ist Fakt, ich denke, wenn wir den Weg jetzt gehen, dass wir erst einmal zusammen versuchen, noch zu arbeiten mit dem Reitinstitut. Das ist genau das, was wir in dem Antrag fordern, und dann eine Lösung zusammen erarbeiten, ob mit oder ohne Reitinstitut. Dann sind wir auf dem richtigen und vor allem auch kostengünstigsten Weg für die Stadt.

Bürgermeister Fluhrer: Wir sind gar nicht so weit auseinander und vieles, was an Gerüchten Sie gehört haben, stimmt auch, nur ist die chronologische Reihenfolge manchmal ganz entscheidend. Tatsächlich war es so, dass wir die Kündigung geschrieben hatten sozusagen aus unserem Fachamt heraus und dann dem Reitinstitut tatsächlich, den Verantwortlichen, ein Adressat der Bürgermeisterbank faktisch gefehlt hat, der noch einmal erklärend das Ganze erläutert, weil man doch nicht wirklich glauben konnte, dass so ein ehrenwürdiges Reitinstitut so einfach gekündigt wird. Insofern haben wir auf der Bürgermeisterbank auch uns abgestimmt. Ich bin auch im Juni vor Ort gewesen, zum einen, um diesen Planungsauftrag zu besprechen, wie kann man dann das Gelände überhaupt entwickeln selbstverständlich in Stufen, sodass man nicht das Gelände freiräumt und dann erst überlegt, was passiert, sondern so in Stufen, das, was kann denn aktuell dort entstehen mit dem Reitinstitut, was könnte perspektivisch in unterschiedlichen Varianten dort überhaupt entstehen. Der Auftrag ist besprochen worden.

Zum anderen habe ich mich mit den Vertretern des Reitinstituts auch zusammengesetzt, und ich hatte mehrere Botschaften. Die erste und vielleicht wichtigste Botschaft war, die Kündigung ist nicht Ausdruck ihrer mangelnden Wertschätzung dem ehrwürdigen Reitinstitut gegenüber, sondern ist aufgrund der dramatischen Haushaltssituation und den Prioritäten in unserem Unterhalt geschuldet auf der einen Seite und zum anderen, der Zuschuss auf der anderen Seite wird auch nicht mehr fließen können aufgrund der Finanzlage. Das eine muss man vom anderen trennen. Und deshalb habe ich auch mich so weit aus dem Fenster gelehnt, dass ich gesagt habe, das Reitinstitut wird auch über dieses Jahr hinaus auf dem Areal bleiben können, ich habe

gesagt, zumindest auch bis Ende nächsten Jahres. So weit kann ich mich schon mal aus dem Fenster lehnen, weil wir auch wussten, es braucht gewisse Vorlaufzeiten, bis Planungen da liegen, bis Sie entscheiden, wie es weitergehen kann. Und diese Zusage habe ich ausgesprochen.

Dazu habe ich angeboten, solange ich da bin, auch über meine Amtszeit hinaus, dass ich persönlich Ansprechpartner für das Reitinstitut bleibe und bin. Ich habe seit unserem Gespräch keine Rückmeldung mehr erhalten. Das war jetzt vor der Sommerpause. Es gab aber, so war auch die Vereinbarung mit unserem Amt für HGW, sozusagen konkrete Schritte, wie diese Nutzungsvereinbarung konkret aussehen kann, weil meine Aussage war auch, wir sind bereit, das Reitinstitut selbstverständlich auf dem Areal weiter zu dulden, wenn man zu einer Vereinbarung kommt. Das ist die Bedingung, weil sonst fällt sozusagen auf die Stadt alle Lasten und die ganze Haftung um. Und das war die Bedingung. An dieser arbeitet man auch. Also uns fehlt jetzt faktisch die letzte Rückmeldung, aber wir sind im Gespräch.

Wir bieten auch weiterhin an, da bereitzustehen. Insofern ist aus meiner Sicht der Antrag der CDU aus dem Vorgehen schon besprochen und die Grundlage. Insofern sind wir, glaube ich, nicht so weit auseinander. Deshalb empfehlen wir auch nicht, das ganze System rückabzuwickeln, sondern ich würde eher vorschlagen, dass man noch einmal nachhakt und dann noch einmal ein Kollege vielleicht vor Ort geht und das noch einmal weiter bespricht.

Der Vorsitzende: Mir ist noch einmal wichtig, dass wir den Beschluss umsetzen, den Sie beschlossen haben auf unsere Empfehlung hin. Insofern, Frau Stadträtin Dr. Heynen, gibt es keinen Beschluss der Verwaltung, den ich jetzt verschieben kann, sondern es sind Anträge aus dem Gemeinderat, mit denen wir es auseinandersetzen müssen. Der Gemeinderat hat beschlossen, dass es weder für den Verein noch für uns im Moment zumutbar ist, dieses Gelände in einem attraktiven, in einem denkmalgeschützten und in einem nutzungsfähigen Zustand zu halten. Deswegen macht eine weitere Vereinbarung auch, die eine gewisse Dauerperspektive hat, unter den gleichen Konditionen mit dem Verein keinen Sinn und, was auch, glaube ich, mit Ihnen klar war, wir sind nicht für die Zukunft des Vereins zuständig. Wir sind für die Zukunft dieser Immobilie zuständig. Und jetzt müssen wir schauen, wie wir diese Immobilie wirtschaftlich so ertüchtigen, dass wir den denkmalgeschützten Zustand erhalten können. Dazu sind wir als öffentliche Hand eigentlich verpflichtet. Daran ändert das auch nichts, dass man auch einmal ein denkmalgeschütztes Gebäude abreißen kann, aber das haben wir natürlich nicht vor, sonst könnte man einfach alles so weiterlaufen. Dann wird es irgendwann von alleine zusammenfallen.

Diese Zukunft kann darin bestehen, dass man einen Teil des Geländes anders verwendet oder dass man das Gesamtgelände anders verwendet. Schauen Sie sich, Herr Stadtrat Dr. Schmidt, einmal oben im Spitalhof in Hohenwettersbach an, was der Herr Essari da aus alten Stallungen gemacht hat. Dann werden Sie sehr wohl erleben, dass man denkmalgeschützte Gebäude auch völlig anders nutzen kann. Da ist der Fantasie keine Grenze gesetzt.

Deswegen ist wichtig, dass der Verein sich weiter nicht in der Sicherheit wiegen kann, hier auf Dauer immer zu bleiben. Trotzdem macht es keinen Sinn, und deswegen, Herr Stadtrat Cramer, Sie haben nicht die Räumung beschlossen, Sie haben auch nicht beschlossen, die Pferde zu schlachten. Also, das sind alles Szenarien, die haben Sie weder beschlossen noch gewünscht. Und die wünschen wir uns nicht, und die wollen wir auch nicht. Deswegen haben wir in zwei Richtungen zu arbeiten. Wir müssen über die Immobilie und ein Nachnutzungskonzept

arbeiten. Selbst den Begriff Nachnutzungskonzept kann man etwas in Anführungszeichen setzen. Wir brauchen ein Nutzungskonzept, dass wir von diesen irrsinnigen Kosten dort für Sanierung und Instandsetzung herunterkommen. Sollte das mit dem Verein auf demselben Gelände funktionieren können, dann weiß ich doch genau, dass ich froh bin, Ihnen das vorzuschlagen. Dann fliegen mir alle Herzen zu, aber darauf kann ich mich nicht festlegen, weil ich nicht weiß, ob wir das hinbekommen. Deswegen ist es gut, dass wir dem Verein ein Stück weit die Option einräumen, solange wir dort nicht irgendetwas anderes machen müssen und der Verein in seinem Betrieb dadurch eigentlich dort nicht bleiben kann, über eine schrittweise Verlängerung einer solchen Vereinbarung diese Option einzuräumen.

Trotzdem wäre es nicht richtig, dem Verein eine Sicherheit zu geben, die ihn vielleicht motiviert, noch in die Gebäude groß zu investieren, denn ich weiß nicht, ob das da auf Dauer so funktionieren wird. Deswegen können wir mit dem CDU-Antrag im Moment gut leben, weil das viel von dem zu tun hat, was eigentlich unsere Arbeitsgrundlage ist. Ich muss Ihnen aber trotzdem dringend empfehlen, die Kündigung nicht zurückzunehmen, weil wir brauchen diesen etwas freien Zustand im Moment für beide Seiten. Und auch der Verein ist weiter aufgefordert, sich Gedanken darüber zu machen, ob es nicht vielleicht doch ein Alternativgelände gibt. Wir haben viele andere Vereine, die sehr wohl in der Lage sind, die ihnen übertragenen Gebäude auch vernünftig instand zu halten. Das Problem ist an der Stelle nicht der schwache Verein, sondern das Problem sind die alten Gebäude. Dafür kann der Verein nichts, aber wir können stattdessen auch nicht die komplette Finanzierung übernehmen, denn wir müssen Schulsporthallen auf die lange Bank schieben. Dann kann ich nicht sagen, ich mache jetzt hier für den Reitsport eines Vereins etwas, was ich für sonst keinen anderen Verein machen würde.

Da widerspreche ich Ihnen, Herr Stadtrat Dr. Schmidt, ausdrücklich. Ob ich jetzt eine Schwimmhalle betreibe, in der auch Vereine trainieren, oder ob ich eine Reithalle betreibe, die nur von einem Verein genutzt wird, das sind dann doch noch ein bisschen unterschiedliche Geschichten. In der Schwimmhalle habe ich eben dann auch den Schulsport noch mit drin und ähnliche Dinge. Also, ich bitte da nicht Äpfel und Birnen durcheinander zu bringen.

Stadtrat Hock (FDP/FW): Ich habe eine Nachfrage rechtlicher Art. Man hat gelesen, man hat den Pachtvertrag gekündigt, und der Bürgermeister hat aber dann mündlich angegeben, sie können weiterhin bis ins Jahr 2027 dort bleiben. Gibt es da einen schriftlichen Vertrag darüber? Weil normalerweise ist es so, wenn Sie irgendetwas kündigen und dann mündlich wieder aufheben, dann verlängert sich das Ganze wieder. Das würde ich gerne einmal rechtlich eingeordnet haben.

Stadtrat Cramer (KAL): ich habe am Ende meiner Rede – da habe ich vielleicht ein bisschen schnell reden müssen, weil die Zeit herum war – gesagt, dass wir dem Antrag der CDU zustimmen. Das bedeutet natürlich gleichzeitig, dass wir unseren Antrag nicht mehr zur Abstimmung stellen.

Der Vorsitzende: Dann erst einmal sorry, das hatte ich anders verstanden. Ich habe es so verstanden, „wenn unserer abgelehnt wird, dann stimmen wir dem CDU-Antrag zu“, aber dann haben Sie es anders verstanden, wunderbar. Und zu Ihrer Frage, Herr Stadtrat Hock, das ist das, was wir in der Stellungnahme schreiben. Wir wollen eine Vereinbarung mit denen abschließen, dass sie das weiter nutzen können. Das stellt sie in die Verkehrssicherungspflicht, es stellt sie aber frei von der Instandhaltung. Und das ist, glaube ich, der Weg, den der Verein im Moment

mitgehen kann. Wir sind der Meinung, wir hätten den Entwurf geschickt. Von Ihnen kriegen wir die Rückmeldung, dass es nicht wohl so war. Jetzt müssen wir klären, woran das hängt, aber wir müssen das bis Ende des Jahres hinbekommen.

Mein Vorschlag wäre, da nehme ich das von Ihnen auf, Frau Dr. Heynen, dass wir im nächsten Gemeinderat berichten, wie weit wir sind und was es da vielleicht auch noch an weiteren Überlegungen gibt. Da brauchen Sie uns auch keinen Antrag mehr zu stellen. Das machen wir dann und würden Ihnen dann diese Vereinbarung auch zur Kenntnis geben, damit Sie einfach sehen, dass das auch alles seine Richtigkeit hat. Wäre das so in Ordnung? Gut, dann können wir den Tagesordnungspunkt damit abschließen, herzlichen Dank.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
6. Oktober 2026